Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

DKP

Nr.3/2021

Jetzt erst recht: DKP wählen!

Der Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl ist vom Tisch. Das Bundesverfassungsgericht hat den Beschluss des Bundeswahlausschusses, die Partei durch die Aberkennung des Parteienstatus' nicht zur Bundestagswahl zuzulassen, kassiert. Da hatten sich die Herrschenden verkalkuliert.

Selten hat die DKP bis in die Mainstreampresse hinein soviel Aufmerksamkeit gefunden. Die Welle der Solidarität mit der DKP aus Deutschland und der ganzen Welt zeigt: Linke Parteien und Organisationen haben - unbeschadet bestehender Differenzen - erkannt, mit diesem formalistisch begründeten „kalten Parteiverbot“ wird der Weg fortgesetzt, jegliche grundsätzliche Kritik an dem herrschenden politischen System zu unterbinden. Dass dies nicht mit Verboten, sondern mit bürokratischen Mitteln erfolgt, ändert nichts an der Gefahr für die demokratische Struktur der bundesdeutschen Gesellschaft. Es wird wirtschaftlicher Druck ausgeübt und mit dem Entzug des Parteienstatus' der besondere Schutz politischer Parteien ausgehebelt.

Was ist es, was das herrschende Monopolkapital und die es vertretenden Parteien veranlasst, so entschieden gegen linke Opposition vorzugehen? Es fällt ihnen immer schwerer, für die ungehemmte Ausbeutung aller Lebensbereiche vom Gesundheitswesen über die Wohnungs- und Energieversorgung, Bildung, Sport bis zum öffentlichen Nahverkehr und für die zunehmend aggressive Außenpolitik mit ihren irrsinnigen Rüstungskosten über die bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne eine Mehrheit zu organisieren.

Solange sich die Kritik in Ein-Punkt-Organisationen äußert oder die Unzufriedenen sich in rechten Parteien und Organisationen sammeln, können die Herrschenden damit leben, weil damit das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht infrage gestellt wird. Wenn aber eine Partei wie die DKP die Missstände auf die Interessen der in diesem System Herrschenden zurückführt und Wege aufzeigt, wie wir Schritt für Schritt aus der Profitwirtschaft zu einer am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft, zum Sozialismus, kommen, dann ist Alarm angesagt.

Weiter gehts auf Seite 2

Kandidiert für die DKP zum Bundestag

Dirk Wilke, 59

IT-Systemberater, Betriebsrat,
Stellv. Vorsitzender der
DKP Hamburg

Liebe Leserin, lieber Leser!

Kommunismus lässt sich nicht verbieten. Nicht mit brutaler Gewalt, nicht mit bürokratischen Winkelzügen. Es ist das kapitalistische System selbst, das durch seine menschenfeindliche Politik nach Alternativen schreit. Linke Organisationen, die den Sozialismus als Alternative propagieren, sollen durch wirtschaftlichen und organisatorischen Druck mundtot gemacht werden. Wir sagen: „Jetzt erst recht: DKP wählen!“

Eineinhalb Jahre Corona-Politik zeigen, die Bundesregierung hat vor allem die Interessen der Monopolbourgeoisie im Auge. Während Millionen Menschen unter den Auswirkungen der Corona-Politik leiden, sacken die Eigentümer der Großbetriebe Milliarden Euro an Dividenden ein. Jetzt sollen auch noch die Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abgeschoben werden.

Im Windschatten der Pandemie ist die aggressive Politik der Bundesregierung nach innen und außen unvermindert fortgesetzt worden. Die Rüstungsausgaben haben mit über 50 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht und sollen weiter steigen. Die Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte kann die Aufmerksamkeit auf diese skandalöse Entwicklung lenken.

Gesundheitswesen, Bildung, Energieversorgung, Wohnen, Verkehr, die Grundversorgung aller Menschen, müssen der Profitwirtschaft entzogen werden. Sie gehören in öffentliche Hand. Die Erfahrung in Hamburg zeigt allerdings, dass auch dann noch eine demokratische Kontrolle notwendig ist.

Die Arbeit der DKP ist nötiger denn je.

***Michael Götze**, Vorsitzender der DKP Hamburg*

Wofür steht die DKP ?

Frieden mit Russland und China, Raus aus der NATO und konsequent gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr.
Das geht aus der Sicht der Banken und Konzerne gar nicht. Sie erzielen am Geschäft mit Kriegsgütern riesige Gewinne, während weltweit Millionen Menschen in den zahlreichen Kriegen für die Interessen der Konzerne mit ihrem Leben bezahlen .

Die DKP setzt sich für konsequente Abrüstung sowie für internationale Solidarität und Völkerverständigung ein.

Gegen die Privatisierung von Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, Wasser- und Energieversorgung, städtische und Bildungseinrichtungen, Wohnungsbau etc. müssen in kommunaler Hand bleiben . Wo sie bereit privatisiert worden sind, muss dieses rückgängig gemacht werden.

Für die DKP soll nicht das Profitstreben der großen Konzerne, sondern das Interesse der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen.

Schluss mit dem Einsatz der Bundeswehr im Inland, mit der Militarisierung der Polizei und dem ständigen Ausweitung des Einsatzes des Inlandsgeheimdienstes. Diese rechtsgerichtete Politik der etablierten Parteien hat die rassistische und völkisch-orientierte AFD erst hoffähig gemacht.

Die DKP steht für die Verteidigung demokratischer Rechte und für konsequenten Antifaschismus.

Diese politische Orientierung soll gar nicht erst zur Wahl stehen.

Nun wird oft gesagt, wenn die DKP nicht in den Bundestag kommt,sei eine Stimme für sie „verloren“. Man sollte lieber eine Partei wählen, mit der man nicht übereinstimmt, die aber von den im Bundestag vertretenen Parteien das „kleinere Übel“ sei. Das Gegenteil ist richtig.

Ob die SPD, die CDU/CSU oder die Grünen auf Bundesebene an der Macht waren, spielte letztlich keine entscheidende Rolle. Seit jeher verbindet man meistens die CDU/CSU sowie die FDP damit, wenn es um die vorbehaltlose Unterstützung der Großindustrie und die fortwährende Einschränkung der Rechte der arbeitenden Bevölkerung geht.

Es war aber eine Bundesregierung aus SPD und Grünen, die 2003 die „Agenda 2010“ mit all ihren verheerenden Folgen (Hartz 4, Verkürzung und Reduzierung des Arbeitslosengeldes, Lockerung des Kündigungsschutzes, Rentenkürzungen, Abwälzen der Kosten im Gesundheitsbereich auf die Versicherten, und vieles mehr) beschlossen hatte. Und auch der Krieg der NATO gegen das ehemalige Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre, der erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach dem 2.Weltkrieg, wurde von einer SPD-Grünen-Regierung maßgeblich verursacht und geführt. Die Merkel-Regierungen mit Koalitionen aus CDU/CSU und FDP bzw. SPD brauchten diese Politik nur fortzusetzen.

Jede Stimme für eine der etablierten Parteien oder gar eine rechtsradikale Partei ist eine verlorene Stimme.

Wie aber ist es mit der Partei die Linke? Diese Partei, die einmal aus Protest gegen die Regierungspolitik der SPD entstanden ist, gibt Schritt für Schritt linke Positionen auf, um „regierungsfähig“ zu werden, sei es in der Friedenspolitik oder der internationalen Solidarität, z.B. mit Kuba.

Eine Stimme für die DKP macht deutlich, dass es auch links Stimmen zu gewinnen oder zu verlieren gibt.

Es gibt viele Gründe: Jetzt DKP wählen!

Wir trauern um Esther Bejarano

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschist*innen, kämpferische Antifaschistin, Kameradin und Genossin, ist in der Nacht zum 10.07.2021 im Alter von 96 Jahren friedlich eingeschlafen.

Zuletzt saß sie am 8. Mai auf der kleinen Bühne der VVN-BdA im Hamburger Gängeviertel und erzählte von ihrer Befreiung am 3. Mai 1945 durch Soldaten der Roten Armee und der US-Armee, die kurz nacheinander in der kleinen Stadt Lübsz eintrafen. Dort hatte Esther mit einigen Freundinnen aus dem KZ Ravensbrück Unterschlupf gefunden, nachdem sie gemeinsam dem Todesmarsch entflohen waren.
Wenige Tage zuvor, am 3. Mai, den sie ihren zweiten Geburtstag nannte, hat Esther sich noch mit einer Video-Botschaft zum Tag der Befreiung an uns alle gewendet. Darin bezog sie noch einmal deutlich Stellung zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Stadt Hamburg und im ganzen Land – kämpferisch, klar und stark. Besonders erinnern wollen wir an den bewegenden „Appell an die Jugend“, den sie zusammen mit Peter Gingold zum 50. Geburtstag der VVN an die jungen Menschen in Deutschland richtete.
Im Januar 2020 hatte Esther mit dem Auschwitz-Komitee einen offenen Brief an die Regierenden geschrieben. Zwei der Forderungen aus dem Brief sind: *„Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln.*

Esther bei einer Lesung zum Internationalen Frauentag am 8.März 2015 im Magda-Thürey-Zentrum der DKP-Hamburg

Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden.“
Und: *„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“*

Wir haben Esther aber auch auf den großen Bühnen in Erinnerung, auf den Veranstaltungen der Friedensbewegung, den Demonstrationen gegen den Neofaschismus, den Gedenktagen an den antifaschistischen Kampf.

Es ist Esther schwergefallen, nach Deutschland zurückzukehren. 1945 war sie mit großen Hoffnungen nach Palästina ausgewandert, aber die Entwicklung in Israel veranlasste sie 1960 mit ihrem Mann, dem Kommunisten Nissim, nach Hamburg, ihre neue Wahlheimat, zu ziehen.

Sie wollte sich eigentlich politisch zurückhalten. Dann aber musste sie 1978 erleben, wie direkt vor ihrer kleinen Boutique ein NPD-Stand von der Polizei geschützt und die antifaschistischen Gegendemonstranten verdrängt wurden. „Erst da habe ich mich verändert“ sagte sie einige Jahre später.

Sie wurde in der VVN-BdA aktiv, berichtete Jugendlichen über ihre Erlebnisse im „Dritten Reich“ und begann, bei öffentlichen Veranstaltungen jiddische Lieder und Lieder aus dem Widerstand zu singen. Ob allein mit ihrem Akkordeon, mit ihrer ersten Gruppe „Siebenschön“, mit ihren Kindern Edna und Joram in der Gruppe „Coincidence“ oder in den letzten Jahren mit der Rap-Band „Microphone Mafia“ und mit Konstantin Wecker auch auf dem UZ-Pressefest, dem Volksfest der DKP: Esther begeisterte durch ihre Authentizität und ihre Kraft. Bis zuletzt kämpfte sie gegen die wachsende Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus, vermittelte uns dabei Mut und Optimismus. Wir werden sie vermissen im gemeinsamen Kampf, sie ist nicht zu ersetzen.

Deutsche Kommunistische Partei

Wer soll das bezahlen?

Nils Hansen, 43
Lagerarbeiter
Vorstandsmitglied der IGBCE
Ortsgruppe Bergedorf
Vorsitzender der DKP Bergedorf
kandidiert für die DKP
zum Bundestag

Die Bundesregierung hat im Zuge der Corona-Pandemie Kredite in Höhe von Hunderten Milliarden Euro aufgenommen. Zinsen muss sie dafür kaum bezahlen, aber zurückzahlen muss sie sie. Woher soll das Geld dafür kommen?
Die Rechnung ist ganz einfach. Entweder müssen die Staatseinnahmen erhöht oder andere Ausgaben gekürzt werden. Vorgeschlagen werden zum Beispiel eine Sonderabgabe sehr reicher Menschen nach dem Vorbild des Lastenausgleich nach dem 2. Weltkrieg, die Schließung von Steuerschlupflöcher für Pandemie-Profiteure, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Erhöhung der Einkommenssteuer für Millionäre und Milliardäre.
Aber die Vertreter der Reichen in diesem Land, die CDU/CSU und die FDP haben schon verkündet, dass es mit ihnen keine Steuererhöhungen geben wird. Und SPD und Grüne werden sich dem anschließen, sollten sie denn mitregieren dürfen. Außerdem wollen alle diese Parteien die Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren von jetzt 50 Milliarden Euro auf 70 Milliarden Euro erhöhen.

Was also tun? Sollen wir Arbeiterinnen und Arbeiter mal wieder den Gürtel enger schnallen, um in „gemeinsamer Kraftanstrengung“ den Standort BRD zu stärken und die Profiteure der Krise zu schonen? Schon werden die ersten Forderungen nach einem Renteneintritt mit 70 laut und selbst der erbärmliche Mindestlohn wird in Frage gestellt.

Unterstützen wir die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die schon von zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unterschrieben ist – darunter der DGB-Vorsitzende und die Vorsitzenden mehrerer Einzelgewerkschaften. Damit tun wir etwas für den Frieden und entlasten den Bundeshaushalt zugunsten sinnvoller Aufgaben.

Es muss eine breite solidarische Kampagne entwickelt werden, dass der Mindestlohn deutlich erhöht wird. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke fordern einen Mindestlohn von 12 Euro. Das reicht nicht für ein Leben jenseits der Armut und führt zu einer Rente unterhalb des Sozialhilfesatzes. Ziel muss ein Mindestlohn von 15 Euro sein.

In den Tarifverhandlungen muss den Versuchen der Unternehmer entgegengetreten werden, Löhne zu senken und Arbeitszeiten zu verlängern. Betriebe, die Milliarden Euro an Dividenden an ihre Eigentümer auszahlen, können auch ordentliche Löhne und Gehälter zahlen.

Es muss eine flächendeckende Tarifbindung und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen für ganze Branchen durchgesetzt werden.

Es darf auch gestreikt werden! Keine falsche Rücksichtnahme auf die Schwierigkeiten, in die sich der Kapitalismus selbst gebracht hat! Es ist Ihre Krise, die Pandemie wirkt nur als Brandbeschleuniger.

Die Notwendigkeit, die Sozialpartnerschaft endlich aufzukündigen, muss auch als Chance begriffen werden, zusammen Widerstand zu leisten und wieder in Aktion zu kommen. Auch wenn es zu dieser Erkenntnis noch ein weiter Weg sein mag:

„Befreien können wir uns nur selbst und nur im Sozialismus.“

Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

STOPP! Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Kein Rüstungsumschlag über den Hamburger Hafen

Von Hamburg aus soll ein klares und unmissverständliches Signal für Frieden und Verständigung unter den Völkern ausgehen. Hamburg soll ziviler Hafen sein, kein Tor zum Tod. So wie es auch die Hamburger Verfassung verlangt. Das ist das Ziel der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte. Sie fordert den Senat auf, das Geschäft mit dem Tod aus Hamburg per Gesetz zu verbannen.
Der erste Schritt zum Volksbegehren ist getan. 10.000 Unterschriften sind gesammelt. Jetzt ist der Senat gefordert, dieses umzusetzen.

Ob und wie der Senat den Rüstungsexport über den Hamburger Hafen tatsächlich verhindert, wird zu beobachten und durchzusetzen sein.
Wenn der Senat dem Verlangen der Hamburger Bevölkerung nicht nachkommt, wird in der zweiten Stufe des Volksbegehren jede Hand gebraucht, damit die nächste Hürde von 65.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen erreicht werden kann. Abonniert den Newsletter (Internetseite: www.hafen-zivil.de) und schaut die Mitmachseite an.

Deutschland ist viertgrößter Waffenexporteur. Und Hamburg als größter Seehafen Deutschlands ist maßgeblich an dem Geschäft mit dem Tod beteiligt. Über den Hafen werden pro Jahr ca. 1.000 Container mit Munition verschifft. Und vieles mehr: Waffen, Panzerwagen, Panzer, Raketenwerfer und Kriegsschiffe. Allein der Export von sogenannten Kleinwaffen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wurden 2017 aus Hamburg Pistolen und Sturmgewehre im Wert von 500.000 € verschifft , so waren es 2018 schon 5 Mio € und 2019 mehr als 13 Mio €! Und 2020?

In den europäischen Häfen regt sich Widerstand. Unlängst haben die Hafenarbeiter von Genua an die Hafenarbeiter in Hamburg eine Grußbotschaft geschickt. Darin heißt es:

lesen Sie bitte weiter auf Seite 5

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden … werde.“

Nach über einem Jahr Pandemie lässt sich die Corona-Strategie der europäischen Länder beurteilen. Es wird das Konzept der „Herdenimmunität“ verfolgt. Man setzt dabei auf „Durchseuchung“ der Bevölkerung und nimmt Todesfälle als Kollateralschäden hin. Europa hat bisher über 40 Mio. Erkrankte und 1 Mio. Todesfälle zu verzeichnen. Die Regierungen müssen dann lediglich die Pandemie „managen“, so dass das Virus nicht „außer Kontrolle“ gerät, was vor allem durch Impfung erreicht werden soll. Ansonsten gilt „business as usual“.

So erklären sich viele widersprüchliche Fakten:

- Die medizinische Versorgung der Bevölkerung wird auch in der Pandemie weiter runtergefahren. So sind in Deutschland Krankenhäuser geschlossen und der Betreuungsschlüssel verschlechtert worden.

- Die „Schuld“ an Corona wird auf das Verhalten im Privatleben reduziert, ohne konsequent auch einen Schutz im Berufsleben (Fahrt zu Arbeit, Hygienekonzept für die Arbeit) sicherzustellen. Es gibt zwar ständig Razzien im Hamburger Stadtpark, aber Verstöße von Unternehmen gegen die SARS-Cov-2-Arbeitsschutzregel werden kaum verfolgt, Bußgelder dürfen nicht verhängt werden.

- Die Corona-Maßnahmen werden auf den Rücken der Frauen und Kinder ausgetragen. Die Arbeitslosigkeit bei Frauen wächst schneller als bei Männern.

- Armut und Rechtlosigkeit (z.B. Migranten) geht nach wie vor mit einem stark erhöhten Risiko einher, an Corona zu erkranken. So ist in den Bezirken Mitte und Harburg die Ansteckungsrate bis zu dreimal so hoch wie in Hamburg Nord und Eimsbüttel.

- Alte Corona-Patienten lässt man in Alten- und Pflegeheimen sterben. 60% der Corona-Toten in Hamburg stammen aus Alten- und Pflegeheimen und sind weitestgehend ohne notwendige Intensivbetreuung gestorben.

- Aus politischen Gründen werden seit Monaten weitere vorhandene Impfstoffe (z.B. aus Russland und China) nicht zugelassen.

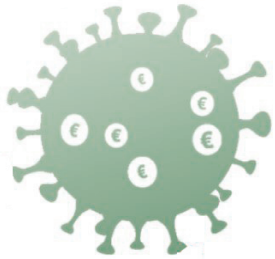
Zählt man 1 und 1 zusammen:

- der geringe Schutz der Bevölkerung – insbesondere der alten und sozial schlechter gestellten Menschen,- die nachsichtige Behandlung der Wirtschaft im Zusammenhang mit den Corona-Auflagen,
- die erfolgreichen Versuche, im Windschatten von Corona die Arbeitszeit zu erhöhen und zugleich die Löhne nicht steigen zu lassen,
- den weiter vorangetriebenen Abbau demokratischer Rechte, sowie
- die in allen europäischen Ländern zu beobachtende Tendenz, während der Corona-Krise die Rüstung zu erhöhen und weitere Auslandseinsätze einzufädeln,

so ergibt sich folgende Schlussfolgerung:

Die europäischen Regierungen stellen die Interessen der Wirtschaft, also des Kapitals, vor den Schutz der eigenen Bevölkerung und nutzen Corona, um das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit weiter zu Gunsten des Kapitals zu verschieben.

Wie ist das mit dem Amtseid der Bundesregierung (GG §56) zu vereinbaren, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden?



...Hier geht`s weiter mit dem Hamburger Hafen

„An alle Hafenarbeiter*innen von Hamburg“

[….] In Genua haben wir 2019 angefangen, den Kampf gegen den Waffenhandel in den Häfen zu führen, weil wir nicht zu Komplizen der Massaker an den Kriegsschauplätzen werden wollten. Heute zählen wir etwa 40 Kriege weltweit. Um Beispiele zu geben: Saudi Arabien gegen Jemen. Diesbezüglich haben wir das Schifffahrtsunternehmen Bahri blockiert. Es ist eines der größten Unternehmen im Handel mit Öl, Gas und Waffen. [….]

Wir halten internationale Beziehungen und eine gemeinsame (politische) Arbeit mit Hafenarbeiter*innen aus der ganzen Welt für wichtig. Wir befinden uns heute … in Livorno, weil die Genoss*innen, die livornesischen Hafenarbeiter*innen, gegen eine für Israel bestimmte Waffenlieferung demonstrierten. [….] Sie haben „nein“ zur Durchfahrt dieser Schiffe gesagt, die mit Raketen beladen waren, die der Bombardierung der zivilen Bevölkerung gedient hätten.
Das was uns scheint, dass was in allen italienischen und europäischen und internationalen Häfen bezüglich des Waffenhandels gebraucht wird, ist der Aufbau eines Internationalen Netzwerks zusammen mit verschiedenen Organisationen und die Identifizierung der Schiffe, die Waffen an die verschiedenen Kriegsschauplätze., wie den israelischen, den syrischen oder den saudi-arabischen, transportieren.“

Hafenarbeiter in Hamburg, seid dabei!

Hände weg von Kuba!

Seit über 60 Jahren versuchen die USA den Kubanerinnen und Kubanern ein System aufzuzwingen, von dem sich das ganze Volk bereits 1959 befreit hat: den Kapitalismus. Mit der völkerrechtswidrigen Blockade seitens der USA wird bezweckt, das kleine tapfere Land in die Knie zu zwingen. Kuba kann z.B. keine Herzkatheder für Kinder kaufen, weil diese in den USA produziert werden, und muss stattdessen die Kleinen am offenen Herzen operieren. Für Medikamente aus dem Ausland zahlt das Land häufig mehr als das Vierfache des Weltmarktpreises. Die USA und auch die europäischen Staaten versuchen, das Land wirtschaftlich zu erdrosseln. Ihre Absicht ist es, die Versorgung der Bevölkerung zu verschlechtern, in der Hoffnung, dass es dann spontane Aufstände gegen die Regierung geben würde.

Aber sie haben eines nicht begriffen: Die Mehrheit der Kubanerinnen und Kubaner weiß sehr wohl , dass Kapitalismus auf Kuba nicht so aussieht wie in Europa. Kapitalismus auf Kuba, das würde bedeuten, dass solche Zustände wie auf Haiti wieder auf die Insel zurückkehren würden. Hohe Säuglingssterblichkeit, Mangelernährung, Obdachlosigkeit, Armut und Arbeitslosigkeit.
Es stimmt, dass die Lage auf Kuba angespannt ist. Es fehlen die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus durch die lange andauernde weltweite Corona-Pandemie. Und die Blockade schädigt seit Jahrzehnten die Wirtschaft. Trotz oder gerade wegen dieser Schwierigkeiten hält Kuba am Sozialismus fest: das kostenlose, hoch entwickelte Gesundheitswesen Kubas hat gerade in der Pandemie bewiesen, was es zu leisten im Stande ist.
Als einziges Entwicklungsland hat es nicht nur einen, sondern sogar mehrere Impfstoffe entwickelt. Während in Deutschland die Ansagen des RKI nur Empfehlungscharakter haben, wurden in Kuba alle Empfehlungen der WHO umgesetzt. Während die Sterberate in der BRD bei 2,44 liegt, liegt sie in Kuba bei 0,67%.

Das heißt, in Deutschland sterben fast viermal so viele der infizierten Menschen wie auf Kuba. Mit der Entwicklung von Medikamenten zur Behandlung und ihrer flächendeckenden Gesundheitsversorgung haben die Kubaner*innen es geschafft, einem großen Anteil der erkrankten Menschen das Leben zu retten. Das geht nur, wenn der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit.

Kuba macht es vor!

Ich möchte:
☐ weitere Informationen über die DKP
☐ Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
☐ Mitglied der DKP werden
☐ die UZ, Zeitung der DKP, kostenlos zur Probe lesen

Name | Vorname
Straße, Hausnr. | PLZ, Ort
Telefon | E-Mail

Zurück an: DKP . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . Tel.: 0201 - 17 78 89 0 . E-Mail: pv@dkp.de

Kommunales Eigentum reicht nicht

Für die Toilettenpause müssen die Fahrer der Hamburger Moia-Shuttles an manchen Orten betteln, wenn sie die Pause überhaupt in ihrem straff getakteten Dienstplan unterbringen können. Kandidaten für einen Betriebsrat, die für menschenwürdige Arbeitsbedingungen kämpfen wollten, wurden reihenweise aus dem Unternehmen gedrängt. Das ist nicht irgendein Wildwestunternehmen: Moia gehört zum Volkswagen-Konzern und soll in „strategischer Partnerschaft" für die Stadt Hamburg den Nahverkehr von morgen organisieren - in ein paar Jahren ganz fahrerlos. Auf dem Weg dahin werden schon mal die Kosten gedrückt, zu Lasten der Menschen.

Warum schafft es diese Stadt nicht, die zum Leben notwendigen Dienste so zu organisieren, dass wir uns wenigstens deswegen nicht zu sorgen brauchen? Verkehr, Energie, Wohnen, Bildung, Gesundheit - das sind Bereiche, die auch in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht unbedingt dem Profitstreben unterworfen sein müssen.
Aber kommunales Eigentum allein reicht nicht. Wir Kommunistinnen und Kommunisten haben uns an vielen Initiativen gegen die Privatisierung städtischer Betriebe oder für eine Rückkehr in öffentlichen Besitz beteiligt.

Wir werden das auch weiter tun, denn wir wissen: Gegenüber der Stadt als Eigentümerin lässt sich leichter Druck für bezahlbare Mieten oder ein vernünftiges Bus- und Bahnangebot machen als gegenüber Unternehmen im Privatbesitz. Zugleich wissen wir aber auch: Diesen Druck müssen wir erst noch aufbauen, damit nicht unter der Regie des Senats doch noch der Profit regiert.

So läuft es heute allzu oft. Die SAGA mit ihren mehr als 100.000 Wohnungen könnte den Miethaien so richtig das Geschäft verderben - gut, dass es sie gibt, aber auch die SAGA streicht dicke Gewinne ein. Wenn die SAGA effektiv für bezahlbaren Wohnraum in Hamburg eingesetzt würde, hätten wir alle das schon gemerkt.

Beispiel Energienetze: Die Leitungen für Strom, Gas und Wärme gehören jetzt wieder der Stadt. Aber eine günstige Versorgung liefern sie nicht. Stattdessen brachte der Rückkauf noch horrende Extraprofite auf Staatskosten für den Vattenfall-Konzern, der mit falschen Angaben über den Marktwert den Senat linkte und dort willige Helfer fand.

Beispiel Hochbahn: Das größte Verkehrsunternehmen gehört zwar komplett der Stadt, ist aber eine Aktiengesellschaft und gehorcht deshalb laut Eigenwerbung „privatwirtschaftlichen Grundsätzen". So kommt es, dass wir in Hamburg die teuersten Tickets aller deutschen Städte zahlen müssen.

Diese Herrschaft der Profitinteressen müssen wir brechen. Das ist eine Aufgabe, die wir nicht am Wahltag abgeben können. Wir als DKP setzen uns deshalb für Kommunalisierung ein, vor allem aber für die demokratische Kontrolle der öffentlichen Unternehmen.

Das grüne Rettungsfloß der CDU

Angela Merkel sucht verzweifelt nach einer Überlebensstrategie für ihre CDU. Da kommen solche wie Baerbock und Habeck gerade recht. Sie bieten der überlebten Kanzlerin ein grünes Rettungsfloß. Die geschichtslose Haltung der GRÜNEN und deren eingeübte Russenangst machen der herrschenden politischen Klasse in Deutschland Hoffnung. Hoffnung auf eine neue Runde »Weltverantwortung« mit eingebauter Missionierung jener Staaten, die dem westlichen Führungsanspruch im Wege stehen.

Die Kriegspartei

Unter der Überschrift „Wir treten ein für Frieden und Sicherheit" wird im grünen Wahlprogramm 2021 ausgeführt: „Wir ergänzen den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus." Nebulöser geht`s nimmer, doch der Grünen-Vorsitzende und Kinderbuchautor Robert Habeck hat es übersetzt.. Er halte den Wunsch des Putschregimes in Kiew nach „Defensivwaffen" für „berechtigt". Das könne man der Ukraine „schwer verwehren". Nach der Reise verkündete Robert Habeck dann noch: „Die Ukraine kämpft hier nicht nur für sich selbst, sie verteidigt auch die Sicherheit Europas".

Weiter geht's auf der letzten Seite

Karikatur: H.Schaldach

Die Grünen sind zuverlässige Kriegspartei, oft ausgemachte Kriegstreiber. Heute zu erwarten, sie könnten sich gegen die Aufrüstungspläne der EU und gegen die Fast-Verdoppelung des Rüstungshaushalts stellen, ist darum reines Wunschdenken.

Die Selbstvermarkter und Privatisierer

Das Gedächtnis der Menschen ist bekanntlich kurz, das der Hamburger Wähler nicht minder: Aber hat nicht die „Ökopartei“ GAL dem Bau von Europas größtem Kohlekraftwerk in Moorburg zugestimmt, um mit der CDU ins Senatsbett zu kommen? Wurden nicht dem Bettenwechsel zur SPD die Stadtbahn geopfert und die x-te Elbvertiefung geschluckt?

Auch Privatisierung war stets ein grünes Steckenpferd! Hatte nicht schon die grüne Gesundheitssenatorin Sager (1997-2001) mit der Privatisierung des Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) begonnen? Wo waren die Grünen beim HSH-Deal, der mit gigantischen Milliardenverlusten für die Stadt endete, wo bei der Privatisierung von „Pflegen und Wohnen“, das Finanzspekulanten ausgeliefert wurde und bis auf weiteres der Immobilienheuschrecke „Deutsche Wohnen“ gehört?

Demokratiebewegung dem Mitregieren geopfert

Bestürzt, entsetzt, traurig…. Das waren die ersten Reaktionen vieler Grünsympathisanten, nachdem die Grünen auf ihrem Parteitag die „Direkte Demokratie“ und den bundesweiten Volksentscheid aus ihrem Grundsatzprogramm gestrichen haben.

Im Bezirk Nord treten die Hamburger Grünen jetzt offen gegen die Bürgerbeteiligung in Sachen Stadtentwicklung auf, nachdem sie bereits Jahre ihren Beitrag geleistet haben, Bürgerentscheide auszuhöhlen und die Bürger mit reinen Alibiveranstaltungen auf die Palme zu bringen.

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,
entscheiden sie selbst, ob sie ihre Interessen durch diese Partei vertreten sehen. Das Kapital hat sich schon entschieden. Der Anteil der Grünen bei den Großspenden von über 50.000 Euro stieg im ersten Halbjahr 2021 gegenüber der Zeit vor der letzten Bundestagswahl von 3 Prozent auf 29 Prozent. Das waren zusammen **1.738.549 Euro**.

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

☐ Die UZ sechs Wochen gratis Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch

☐ Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:
Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
V.i.S.d.P: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg